

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wald als Kohlendioxidsenke

In der internationalen und nationalen Öffentlichkeit wird seit Jahren darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, die Funktion von Wäldern als Kohlendioxidsenke im Rahmen des Treibhausgashandels zu berücksichtigen, und wenn ja, wie dies umgesetzt werden könnte. Vor allem Waldbesitzer bringen diese Forderung in die Debatte ein, da sie sich über die Honorierung der Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern und eine Vergütung der ökologischen Leistungen ihrer Wälder und damit einen Deckungsbeitrag für ihre Bewirtschaftung erhoffen. Viele Umweltpolitiker versprechen sich davon hingegen eher Anreize gegen die Entwaldung und für eine Wiederaufforstung entwaldeter Gebiete und Regionen.

Die Vorschläge und Forderungen im Zusammenhang mit der Kohlendioxidsenkenfunktion der Wälder sind bisher nur zu einem geringen Teil aufgegriffen worden. Zwar ermöglicht das Kyoto-Protokoll grundsätzlich die Berücksichtigung von Waldsenkenprojekten. Demgegenüber ist eine Berücksichtigung von Kohlendioxidsenken in Wäldern im Rahmen des EU-Emissionshandels bisher noch nicht möglich.

Grundsätzlich macht es Sinn, die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern bzw. Senkenprojekte im Wald im Rahmen der internationalen Klimapolitik und des Treibhausgashandels zu berücksichtigen, um Anreize für die Aufforstung und für den Erhalt von Wäldern und evtl. auch für die Holzvorratsanreicherung zu setzen. Politisches Gewicht als Einwand hat allerdings die Befürchtung, die Einbeziehung von Waldsenkenprojekten in den Emissionshandel könnte dazu führen, dass das technische und ökonomische Potenzial der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen nicht ausgeschöpft wird. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Berücksichtigung der Senkenfunktion nicht zu einem Verzicht von Emissionsminderungsmaßnahmen führt.

Die Frage, ob die finanziellen Erwartungen der Waldbesitzer an die Einbeziehung der Kohlendioxidsenkenleistung der Wälder erfüllt werden, wird von der konkreten rechtlichen Ausgestaltung abhängen. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass den möglichen Einnahmen für die Vergütung der Kohlendioxidsenkenleistung von Wäldern auch relevante Kosten für die Erhebung bzw. Zertifizierung dieser Senkenleistung gegenüber stehen.

Unter der Voraussetzung, dass nur die Holzvorräte im Wald berücksichtigt werden, ergibt sich daraus, dass Senkenprojekte nur in einem großen Maßstab ökonomisch sinnvoll sein können, und auch nur dann, wenn noch ein großes Poten-

zial für die Erhöhung des Holzvorrates besteht. Dies dürfte vor allem bei Wiederaufforstungen gegeben sein. Für bestehende Wälder dürften sich Waldsenkenprojekte hingegen erst dann rechnen, wenn den Waldbesitzern auch die Senkenleistung von Holzprodukten zugerechnet wird. Vor diesem Hintergrund ist die Frage politisch zu beantworten, ob und in welchem Maße die Senkenleistungen von Holzprodukten den Waldbesitzern angerechnet werden sollen. Hier besteht das methodische Problem, dass die Holzprodukte eine sehr unterschiedliche Lebensdauer haben, und es unterschiedlich lange dauert, bis sie wieder zu Kohlendioxid abgebaut werden. Hier wären Mittelwerte zu ermitteln.

Zu berücksichtigen ist auch, dass der Wald nicht nur eine Senke von Kohlendioxid sein kann, sondern im Fall von Waldbränden, Brandrodungen und von Kahlschlägen auch eine Quelle. Eine Berücksichtigung der Senkenfunktion ohne die Anrechnung dieser Quellen macht klima- und walddpolitisch keinen Sinn. Eine solche Lösung wäre abzulehnen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchem Ausmaß erwartet die Bundesregierung infolge des Klimawandels eine natürliche Erhöhung bzw. eine Abnahme der Holzvorräte in den deutschen Wäldern?
2. Befürwortet die Bundesregierung die Aufnahme der Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern in die Treibhausgasbilanzen bzw. von Waldsenkenprojekten und in den EU-Treibhausgashandel?
3. Auf welche Art und Weise sollte den Waldbesitzern aus Sicht der Bundesregierung eine Anrechnung der Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern bei den Treibhausgasbilanzen finanziell zu Gute kommen?
4. Wie könnte aus Sicht der Bundesregierung eine finanzielle Vergütung einer Anrechnung der Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern bei den Treibhausgasbilanzen finanziert werden?
5. Auf welche Art und Weise sollten aus Sicht der Bundesregierung die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern im Rahmen des EU-Treibhausgashandels berücksichtigt werden?
6. Auf welche Art und Weise sollten aus Sicht der Bundesregierung bei der Anrechnung der Kohlendioxidsenkenfunktion diejenigen Wälder berücksichtigt werden, die zu Quellen von Kohlendioxid werden?
7. Wie lang ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung schätzungsweise die durchschnittliche Nutzungsdauer und damit die Dauer der Kohlendioxid-speicherung von Holz, das aus deutschen Wäldern stammt?
8. Wie werden sich die durchschnittliche Nutzungsdauer und damit die Dauer der Kohlendioxid-speicherung von Holz angesichts der Zunahme der Energieholznutzung entwickeln?
9. Auf welche Art und Weise und in welchem Umfang sollten vor dem Hintergrund der durchschnittlichen Nutzungsdauer von Holz die Senkenfunktion der Holzprodukte bei der Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern aus Sicht der Bundesregierung berücksichtigt werden?
10. Ist es aus Sicht der Bundesregierung berechtigt, die Verwendung von Holz als Energieholz als Kohlendioxidsenke anzuerkennen, obwohl das in Holz gebundene Kohlendioxid wieder freigesetzt wird, und die Nutzung von Energieholz damit gemeinhin als kohlendioxidneutral angesehen wird, und wenn ja, wie begründet sie diese Haltung.?

11. Auf welche Art und Weise sollte aus Sicht der Bundesregierung die Erfassung bzw. Zertifizierung der Senkenleistung von Wäldern geleistet werden, um im Rahmen des EU-Treibhausgashandels anerkannt zu werden?
12. Welche Initiativen hält die Bundesregierung für sinnvoll, um den Schutz der EU-Wälder vor Bränden insbesondere in Südeuropa voranzubringen?
13. Wie schätzt die Bundesregierung die Kohlendioxidspeicherfähigkeit von Waldböden ein?
14. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einer Ausweitung der Erstaufforstung in der Bundesrepublik Deutschland, in der EU und weltweit?
15. Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung die Erstaufforstung in der Bundesrepublik Deutschland, in der EU und weltweit voranbringen?
16. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach wirksamen Kahlschlagsverboten, um einen Abbau der stehenden Kohlendioxidvorräte und des Bodenumus zu verhindern?
17. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einer Überführung von Altersklassenwäldern in Dauerwälder?
18. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einer Erhöhung der Holzvorräte pro Flächeneinheit in den deutschen Wäldern?
19. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einem Baumartenwechsel hin zu Baumarten, die mehr Kohlenstoff langfristig fixieren?
20. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach Umtriebszeitverlängerungen in den Wäldern?
21. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einer Erhöhung des Totholzanteils in den Wäldern?
22. Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kohlendioxidsenkenfunktion von Wäldern die Forderung nach einer Erhöhung der Bestandsdichte von Wirtschaftswäldern?
23. Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, kohlendioxidspeichernde Maßnahmen in die GAK-Förderungsgrundsätze (GAK – Gemeinschaftsaufgabe Agrar-Struktur und Küstenschutz) aufzunehmen, und wenn ja, welche?

Berlin, den 17. Dezember 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

